

Für sauberes Schweizer Wasser

Gewässerschutz Die Pestizide in unseren Gewässern sollen reduziert werden. In der Pflicht stehen die Bauern

VON ANDREA TEDESCHI

Ein Obstbauer im Kanton Thurgau hat soeben seine Apfelbaum-Plantage nach Schädlingen abgesucht und nur ein paar Läuse gefunden. Es ist Juni und er ist hoffnungsvoll. Damit die Bäume im Herbst auch die erwartete Menge an Früchten tragen, hatte er sie vorgängig selbst und nach Vorschrift mit einem Insektizid besprüht.

So wie er machen das auch andere Obst- und Gemüsebauern in der Schweiz. Über 2000 Tonnen Pflanzenschutzmittel setzen sie pro Jahr auf Schweizer Äckern ein. Sie vernichten Unkraut, Ungeziefer und Pilze, welche Gemüse und Obst befallen und die Ernte schädigen könnten. «Ein grosser Teil der Pestizide verschwindet danach im Boden», sagt Irene Wittmer, Umweltchemikerin der Plattform Wasserqualität des Dübendorfer Wasserforschungsinstituts Eawag. Der Boden wirke wie ein Filter und bau die Pestizide in der Regel ab. Doch sie finden den Weg trotzdem ins Grundwasser oder mit dem Regen in die Bäche, Flüsse und Seen, also in die sogenannten Oberflächengewässer. «Bei uns ist das Risiko um einiges höher als in anderen Regionen Europas», sagt Wittmer, weil es sehr viel regne. Tatsächlich gehört die Schweiz zu den Regionen Europas mit der höchsten Niederschlagsmenge.

Pestizid-Cocktail im Wasser

Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft ist sehr umstritten, weil ihre Rückstände Umwelt und Gewässer gefährden. Experten halten Pestizide für eine der grössten aktuellen Bedrohungen unseres Trinkwassers. Letztes Jahr stellte die Nationale Grundwasserbeobachtung Naqua an jeder fünften Grundwasser-Messstelle Rückstände von Pflanzenschutzmitteln fest, die über dem Toleranzwert von 0,1 Mikro-



Verschmutzt die Gewässer und sichert die Erträge: Pflanzenschutzmittel.

KESTONE

gramm pro Liter lagen. Dieser Wert wurde überwiegend in den Gebieten gemessen, in denen intensiv Landwirtschaft betrieben wird. Rund 80 Prozent des Trinkwassers in der Schweiz stammen aus dem Grundwasser. Der weitere Bedarf wird zum Beispiel in Zürich, Genf oder Lausanne mit Seewasser gedeckt, das in mehreren Schritten zu Trinkwasser aufbereitet wird.

Bisher gab es in der Gewässerschutzverordnung keine nachvollziehbaren Grenzwerte. Für alle Pestizide wurde ein einheitlicher Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter festgelegt – ungenutzt ihrer Gifigkeit. Das soll sich nun für die Bäche, Flüsse und Seen ändern,

und der Wert für 37 Pestizide angepasst werden. Die Frist der Vernehmlassung ist letzte Woche abgelaufen. «Wir gehen neu nicht mehr von der Menge aus, sondern von der Wirkung, welche die einzelnen Pestizide auf die Organismen haben», sagt Christian Leu, Sektionschef Wasserqualität, vom Bundesamt für Umwelt (Bafu). Will heißen: Je giftiger der Wirkstoff, umso tiefer ist der Grenzwert.

Bei 25 Pestiziden soll der Wert nach oben korrigiert werden, zum Beispiel bei Glyphosat, wo er auf das 3600-Fache angehoben wird. Es gehört zu den bekanntesten Umweltgiften und zu den bestuntersuchten. Bei zwölf anderen

und weniger bekannten ist der Grenzwert allerdings gesunken, zum Teil bis in den Nanogrammbereich. Dazu gehört Chloryprifos (auf 0,0044 Mikrogramm pro Liter), das laut dem Ökotox-Zentrum Dübendorf die Nervenimpulse der Lebewesen stört und die Nahrung für die Fische beeinträchtigt. Oder auch Cypermethrin (auf 0,00003 Mikrogramm pro Liter), das im Verdacht steht, krebsfördernd und hormonaktiv zu sein.

Bei einer Analyse in fünf kleinen Bächen im letzten Jahr fand die Organisation VSA-Plattform Wasserqualität 128 Pestizide, davon 29 an allen Standorten. Bei vier von fünf Bächen gab es ein

hohes Risiko für Pflanzen und wirbellose Tiere und die Lebewesen waren einem permanenten Cocktail ausgesetzt.

Gesellschaftsvertrag mit Bauern

Doch sowohl die Korrektur nach oben wie die nach unten wird von mehreren Organisationen kritisiert. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (Aefu) bezweifeln, dass sich solch tiefe Werte zuverlässig erheben lassen. «Die Grenzwerte dieser Stoffe gehen zwar nach unten», sagt Geschäftsleiter Martin Forter, «aber keiner dieser Stoffe ist abschliessend bewertbar.» Forter will keine Pestizide, weder im Trinkwasser noch in den Bächen, Flüssen oder Seen.

«Wir können heute auch die kleinen Konzentrationen messen», sagt dagegen Bernhard Wehrli, ETH-Professor für Aquatic Chemistry. «Es ist aber teuer, weil es sehr teure Geräte braucht.» Stattdessen wäre es hilfreich, einen Summenwert für alle Pestizide im Wasser zu haben. Ein weiteres Problem sieht Wehrli auch darin, dass es in der Schweiz keine Statistik gibt. «In den USA gibt es umfangreiche Untersuchungen, was die Bauern verwenden. Bei uns wissen wir es nicht, weil die Schweiz zu kleinräumig ist und das Sortiment gross.» Die Landwirtschaft stehe in der Pflicht, weil sie von der Allgemeinheit finanziell unterstützt werde.

Das Thema ist mit der revidierten Gewässerschutzverordnung noch nicht abgeschlossen. Ziel ist es, die Risiken zu halbieren. Bauern, die auf bestimmte chemische Pestizide verzichten, werden für Alternativen entschädigt. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert. Etwas Ähnliches will die Initiative «Sauberes Trinkwasser für alle». Sie verlangt, dass nur noch die Bauern Subventionen erhalten, welche auf eine nachhaltige Produktion setzen und auf Pestizide verzichten.

INSETAT

FAST ZU HÜBSCH
ZUM VERSTECKEN

spruengli.ch/shop

Bund macht Ruag fit für Privatisierung

Ruag Der Bundesrat will seinen Rüstungskonzern aufspalten. Teilprivatisierung wird damit konkretes Thema.

VON HENRY HABEGGER

Der Rüstungs- und Technologiekonzern Ruag hat bis heute einen einzigen Aktionär: den Bund. Und der redet überall mit. Bei den Löhnen etwa. Er schreibt der Ruag auch vor, dass die Schweizer Exportregeln auch für im Ausland hergestellte Rüstungsgüter gelten. Die Ruag-Manager kämpfen daher seit langem für mehr Spielraum, für eine Privatisierung.

Gestern hat der Bundesrat unter dem zuständigen Verteidigungsminister Guy Parmelin (SVP) einen Schritt in diese Richtung gemacht. Er will, das hat er in einer Aussprache beschlossen, die Ruag auf Anfang 2020 aufteile in eine Ruag Schweiz und eine Ruag International.

In der Ruag Schweiz sollen «die fast ausschliesslich für die Schweizer Armee tätigen Geschäftseinheiten» zusammengeführt werden, wie der Bundesrat gestern mitteilte. Diese Bereiche, es sind laut Verteidigungsdepartement primär Ruag Defence und Ruag Aviation, erbringen jährlich Leistungen von rund 400 Millionen für Betreuung und Instandhaltung von Armeesystemen. Zur Einordnung: Die Ruag erzielte 2016 einen Gesamtumsatz von 1,86 Milliarden.

Das übrige Ruag-Geschäft, also vorab die heutigen Divisionen Space, Ammotec und Aerostructure, soll in die neue Ruag International ausgelagert werden. «Das verschafft der Firma mehr Spielraum, sich weiterzuent-

wickeln», sagt VBS-Sprecher Renato Kalbermatt.

Ein Auslöser der Aufspaltung ist der 2016 öffentlich gewordene Cyberangriff auf die Ruag. Rund 23 Gigabyte an Daten wurden von mutmasslich russischen Hackern abgesaugt. Der Bund war direkt vom Angriff betroffen, weil er über eine Standleitung mit der Ruag verbunden ist. Durch die Aufspaltung soll eine Art Brandmauer aufgezogen werden.

Der Ruag-Verwaltungsrat soll nun ein Konzept mit verschiedenen Varianten vorlegen. Was er anpeilt, scheint klar. «2017 sollen dem Bundesrat verschiedene Teilprivatisierungsvarianten präsentiert werden», schrieben Präsident Hans-Peter Schwald und Konzernchef Urs Breitmeier schon im Geschäftsbericht 2016. Sie beklagten etwa, dass die Ruag unter den schweizerischen Exportrestriktionen bei Rüstungsgütern leide.

Ruag Schweiz dürfte in Bundeshand bleiben, Ruag International scheint prädestiniert für Privatisierung. Umgekehrt ist nicht vorgesehen, das Schweizer Kriegsmaterialgesetz durch Verlegen des Ruag-Sitzes ins Ausland zu umgehen: «Der Geschäftssitz des internationalen Teils wird in der Schweiz sein», sagt Ruag-Sprecherin Kirsten Hammerich.

Im Bundesparlament werden die Pläne zu reden geben. Sie gehe zwar davon aus, dass die Aufspaltung «die Antwort des Bundesrates auf den Hacker-Angriff auf die Ruag» sei, sagt Sicherheitspolitikerin Priska Seiler Graf (SP, ZH). «Sollte die Entflechtung aber auch im Hinblick auf eine Privatisierung gemacht werden, dann erachte ich es als problematisch, gerade in Bezug auf die Kontrolle der Kriegsmaterial-Gesetzgebung.»

Geldspielgesetz

Wegen SVP-Werber: SP tritt aus dem Pro-Komitee aus

Die Befürworter-Allianz für das Geldspielgesetz kommt noch immer nicht zur Ruhe: Die Sozialdemokraten sind aus dem überparteilichen Pro-Komitee ausgetreten – per sofort. Sämtliche Vertreter der Partei ziehen sich zurück. Das hat das SP-Präsidium um Christian Levrat gestern beschlossen, wie Parteisprecherin Nicole Silvestri auf Anfrage bestätigt.

Der Austritt sei eine Reaktion auf den Entscheid, die Werbeagentur Goal AG mit der Umsetzung der Abstimmungskampagne zu beauftragen. Das Engagement war von der «Nordwestschweiz» publik gemacht worden. «Mit Blick auf die von der Agentur verantworteten hetzerischen, fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Kampagnen können wir diese Wahl nicht mittragen», hält das SP-Präsidium in einer Stellungnahme fest.

Damit folgt die SP der BDP, die ebenfalls mit der Befürworter-Allianz gebrochen hat (Ausgabe von gestern). Die Parteien verweisen auf die Aktivitäten der Goal AG und deren Chef Alexander Segert, bekannt als «Hauswerber der SVP» und anderer Rechtspopulisten. Die Agentur arbeitete für die FPÖ in Österreich und mutmasslich auch für Vereine, die der deutschen AfD nahestehen. In der Schweiz schuf sie für die SVP unter anderem das Plakat, auf dem weisse Schafe ein schwarzes Schaf von der Schweizer Flagge treten. Der von Swisslos orchestrierte Befürworter-Allianz gehören somit noch – nebst Verbänden – SVP, FDP und CVP an. SP und BDP betonen: Man wolle sich ausserhalb des Komitees für ein Ja zum Geldspielgesetz am 10. Juni einsetzen. SVEN ALTERMATT